NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS LANDESVERBAND MECKLENBURG-VORPOMMERN



NPD-LV MV | Pasewalker Str. 36 | 17389 Anklam

Schweriner Volkszeitung Chefredaktion Herrn Seidel/ Herrn Koslik Gutenbergstr. 1

19061 Schwerin

Es schreibt Ihnen Stefan Köster Landesvorsitzender

stefan.koester@npd-mv.de

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Datum 12.01.2015

Offener Brief zur heutigen Ausgabe der Schweriner "Volkszeitung"

Sehr geehrter Herr Seidel, sehr geehrter Herr Koslik!

In der heutigen Ausgabe der Schweriner "Volkszeitung" (SVZ), die Sie als Chefredakteur bzw. stellv. Chefredakteur verantworten, widmen Sie sich der Montagsdemonstration der Bürgerbewegung "MVgida". Unabhängige Tageszeitung will die SVZ laut eigener Beschreibung sein.

Sie fordern den wachen und aktiven Bürger, der sich zivilisiert auseinandersetzt und nicht nur eine Meinung gelten läßt. Die Bürger sollen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen und sich ernsthaft engagieren.

Doch anstatt es kritisch zu begleiten, wenn Bürger die zuvor genannten Aktivitäten entfalten und ihre Grundrechte wahrnehmen, kann man Ihre Artikel in der heutigen Ausgabe, aus meiner Sicht, als Hetzschriften bezeichnen, die all jene Bürger diskriminieren und verunglimpfen, die eine Meinung vertreten, die sich nicht mit Ihren Ansichten deckt.

Sie fragen zynisch, warum die Bürger nicht in Hamburg-Harburg, sondern in Schwerin auf die Straße gehen! Sie haben es richtig erfaßt, meine Herren, daß die tatsächlichen Gegebenheiten leider den Bürgerprotest in vielen Ballungsgebieten gegen Asylbetrug, die Überfremdung, die Kriegspolitik der Bundesregierung, die Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft und für die eigene Identität nicht mehr zulassen. Ausländische Gangs beherrschen vielerorts das Straßenbild. Bürger, die sich gegen derartige Entwicklungen zur Wehr setzen wollen, müssen mit Gefahr für Gesundheit und Leben rechnen.

Damit es hier in unserem schönen Mecklenburg-Vorpommern soweit nicht kommt, gehen die Bürger, so meine Auffassung, auf die Straße. Sie dagegen negieren die Motivationslage und bescheinigen den Veranstaltern und Teilnehmern, ohne mit diesen jemals die Diskussion gesucht zu haben, eine unlautere Haltung. Unabhängig wollen Sie sein. Sind Sie in Wirklichkeit nicht sehr parteiisch? Sie sprechen den Teilnehmern des Bürgerprotests, zumindest indirekt, die Grundrechte ab.









Und dies einzig und allein, weil diese gegen den Meinungsstrom schwimmen! Wollen Sie tatsächlich ein Klima der Angst und Verunsicherung schaffen, wie es in der politischen Landschaft schon Realität zu sein scheint?

Sie schreiben von obrigkeitsgläubigen Untertanen, die einer offenen Bürgergesellschaft entgegenstehen. Aber sind es nicht vielmehr die sogenannten "Gegendemonstranten", die diese obrigkeitsgläubigen Untertanen so zutreffend verkörpern? Nehmen Sie tatsächlich nicht mehr die Wirklichkeit wahr, oder ist es vielmehr so, daß die Wirklichkeit in Ihrer Berichterstattung kaum noch Raum erhält?

Warum berichten Sie nicht darüber, daß vor allem öffentliche Arbeitgeber ihren Beschäftigten mit arbeitsrechtlichen Schritten drohen, sollten diese sich dem nicht genehmen Bürgerprotesten anschließen? Wo bleibt Ihre Berichterstattung, wenn Beschäftigte "aufgefordert" werden, sich Gegenprotesten anzuschließen. Nicht umsonst gleichen die "freiwilligen" Protestaktionen häufig Betriebsausflügen, bei denen die meisten Beschäftigten froh darüber sind, wenn das Theater vorbei ist. Sollten Sie hiervon tatsächlich noch keine Kenntnis erlangt haben, was schwer vorstellbar ist, bin ich Ihnen gerne behilflich!

Warum berichten die Medien und die Polizeidienststellen nur noch in Ausnahmefällen von der Nationalität eines Tatverdächtigen? Auch hier kann ich Ihnen bei Bedarf unzählige Fälle benennen?

Warum berichten Sie äußerst selten darüber, daß lediglich 1-2 Prozent aller Antragsteller auf Asyl tatsächlich auch einen entsprechenden Anspruch anerkannt bekommen?

Wo bleiben Ihre Artikel zu den Ausschreitungen und Auseinandersetzungen, die aus "Glaubensgründen" zum Beispiel in Norddeutschland stattfanden und stattfinden. Sind Ihnen die Vorfälle in Celle, Hamburg und Lüneburg, um nur einige Beispiele zu nennen, tatsächlich nicht bekannt?

Wo blieb Ihre Berichterstattung, als die Landesregierung gegenüber der NPD-Landtagsfraktion einräumen mußte, daß in den Jahren 2012 und 2013 rund 2.300 Polizeieinsätze in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern notwendig waren?

Wo ist Ihr medialer Aufschrei, wo bleibt Ihr Aufruf zum Bürgerprotest gegen die Bespitzelung und Überwachung der Bürger durch in- und ausländische Geheimdienste? Wo bleibt Ihre Empörung gegen die Ausbeutung unserer Sozialsysteme für versicherungsfremde Leistungen? Wo sind Ihre Initiativen gegen den Kontrollwahn der Behörden? Statt dessen bilden Sie nun zusammen mit jenen Politikern, die diesen Kontroll- und Bespitzelungswahn zu verantworten haben, die Sperrspitze gegen den Bürgerprotest!

In Ihrer Berichterstattung ist, wie Sie selbst feststellen müssen, zuviel im Argen. Nehmen Sie sich lieber den eigenen Problemen an und berichten Sie, wie es sich gehört, neutral und unvoreingenommen über die Geschehnisse. Medien dürfen sich nicht als Ankläger und Richter aufspielen. Hören Sie auf damit, den Bürgern die Ausübung der Grundrechte abzusprechen, nur weil diese dem Schweriner und Berliner Politikzirkus das Vertrauen entzogen haben. Sehen Sie sich endlich wieder dem Pressekodex verschrieben. Die Achtung der Wahrheit ist das Gebot seriöser Pressearbeit. Wer diese nicht achtet, stellt sich auch gegen die Pressefreiheit. Unsere Heimat kann auf obrigkeitsgläubige Medien verzichten. Nicht jedoch auf die Freiheit! Die Montagsdemonstrationen der Gegen wart sind nötiger denn je!

Mit dembesten Grüßen Stefan Hösten